

## **Antrag**

**der Abgeordneten Sabine Boeddinghaus, Martin Dolzer, Mehmet Yildiz,  
Cansu Özdemir, Deniz Celik, Inge Hannemann, Stephan Jersch,  
Christiane Schneider, Norbert Hackbusch (DIE LINKE)**

**Betr.: Öffentliche Debatte und Beteiligung ermöglichen: Fristverlängerung für  
die Einreichung von Stellungnahmen zum Expertenkommissionsbericht  
zur Lehrer-/innenbildungsreform**

Per Pressemitteilung vom 19. Januar informierten Senatorin Katharina Fegebank und Senator Ties Rabe die Öffentlichkeit über die Möglichkeit, den Bericht *Empfehlungen der Expertenkommission zur Fortschreibung der Reform der Lehrerbildung in Hamburg* auf <http://www.hamburg.de/bsb/de/7937096> herunterzuladen. Die zuständigen Behörden, Verbände und Interessenvertretungen sind seither dazu eingeladen, Stellungnahmen einzureichen. Die interessierte Fachöffentlichkeit und auch Abgeordnete wurden über den zeitlichen Ablauf des Verfahrens jedoch nicht ausreichend informiert. Erst eine Schriftliche Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft (Drs. 21/8030) ergab, dass Rückmeldungen zu den Empfehlungen der Expertenkommission von der *Arbeitsstelle zur Reform der Lehrerbildung* am ZLH unter [reformlehrerbildung@hamburg.de](mailto:reformlehrerbildung@hamburg.de) entgegengenommen werden und die Einreichungsfrist für Stellungnahmen bereits am 30. April 2017 endet. „So sieht eine breite Beteiligung der Kollegien, der unterschiedlichen Verbände (...) nicht aus“, kritisierten GEW-Mitglieder das Verfahren. Gerade mit Blick auf die Schul- und Semesterferien geraten die Organisationen somit unter Zeitdruck. Laut Senatsantwort auf die erwähnte Anfrage sei zum 17.02. erst eine einzige Stellungnahme eingereicht gewesen. DIE LINKE wünscht sich jedoch einen breiten Diskussionsprozess mit den relevanten Akteuren/-innen aus der Stadt. Die öffentliche Debatte und Beteiligung in Form von Stellungnahmen muss für die Organisationen und Interessenvertretungsverbände real möglich sein.

**Die Bürgerschaft möge beschließen:**

**Der Senat wird aufgefordert,**

1. die Frist zur Einreichung von Stellungnahmen zu verlängern;
2. die Fristverlängerung auf drei Monate festzulegen, somit würde das Ende der Einreichung von Stellungnahmen auf den 31.7.2017 fallen.